

Europa zwischen Standortwettbewerb und Kooperation

Frank Gerlach, Astrid Ziegler

Zweifellos schreitet der wirtschaftliche Einigungsprozess Europas mit großer Dynamik voran. Nicht nur wegen der Währungsunion, sondern gleichsam „automatisch“ der Marktlogik folgend wächst Europa mehr und mehr zu einer wirtschaftlichen Einheit mit einer neuen internen Arbeitsteilung zusammen. Es entstehen neu konturierte Wertschöpfungsketten. Parallel hierzu wandern Arbeitskräfte in Länder bzw. Regionen ab, die bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und höhere Löhne bieten. Europa justiert sich neu, und infolgedessen kann die Position der Unternehmen im globalen Wettbewerb gestärkt werden.

Dennoch ist das Bild eines zusammenwachsenden Wirtschaftsraumes Europa keineswegs ungetrübt. Im Gegenteil: Europa droht im Globalisierungsprozess an Boden zu verlieren. Ein zu geringes Wachstum mit nicht ausreichenden zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten signalisiert ein Scheitern des sogenannten Lissabon-Prozesses, nach dem die EU zu einem sehr dynamischen und innovativen Wirtschaftsraum spätestens bis zum Jahr 2010 werden sollte. Diese wenig erfreuliche Entwicklung ist mit weitreichenden Konsequenzen verbunden. Insbesondere droht die Gefahr einer anhaltenden Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern zu einem Makel der europäischen Entwicklung zu werden. Diese Spaltung hat nicht nur eine territoriale Dimension, sondern sie zeigt sich gleichermaßen zwischen Branchen und Beschäftigten sowie zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Insbesondere den neuen EU-Mitgliedsländern droht die Gefahr, dauerhaft zu einer verlängerten Werkbank für die hochentwickelten „alten“ EU-Mitgliedstaaten zu werden – zumal wegen der Dominanz ausländischen Kapitals ihre Fähigkeit zu einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung nur begrenzt vorhanden sein dürfte. Die Artikel von Lungwitz/Wannöfel/Rückert sowie von Ludwig/Tholen verdeutlichen die Zwiespältigkeit und die Fragilität der Abhängigkeit von dominanten Partnern für Betriebe und Beschäftigte in Osteuropa. Einerseits sorgen Aufträge für eine Stabilisierung, andererseits sind eigenständige Entwicklungschancen nur begrenzt gegeben. Aber nicht nur die neuen Mitgliedstaaten sehen sich mit einer ambivalent zu bewertenden Entwicklung konfrontiert; die Standortkonkurrenz trifft auch die EU-„Altmitglieder“: Die Beschäftigten sind häufig mit Entscheidungen der Unternehmensleitungen zur Verlagerung von Produktionen konfrontiert, die sie unter Druck setzen und die zudem – wie der Beitrag von Kinkel/Zanker belegt – nicht selten auf einer ökonomisch fragwürdigen Basis getroffen werden.

Von einer harmonischen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung Europas kann somit nicht gesprochen werden. Regionen, Branchen und Erwerbstätige bleiben zurück und profitieren nicht von den Potenzialen des Wirtschaftsraumes Europa. Das Fehlen eines einheitlichen europäischen Sozialmodells – von den Gewerkschaften immer wieder als Pendant zu der Forcierung des europäischen Bin-

nenmarktes erfolglos gefordert – hat sicherlich dazu beigetragen, dass das Leitbild der Kohäsion, also des inneren Zusammenhalts der EU-Mitgliedsländer, trotz des Einsatzes von vielen finanziellen Mitteln bisher nicht annähernd in die Tat umgesetzt werden konnte und damit Spaltungstendenzen in Europa bestehen blieben bzw. sich sogar noch verstärkt haben (vgl. dazu den Beitrag von Gerlach/Ziegler).

Aber dieses ist es nicht allein. Das Problem liegt tiefer und betrifft den Kernbereich der Ökonomie selbst. Mehr und mehr forciert die EU ein marktliberales Leitbild für Europa. Wenn jedoch Europa im globalen Wettbewerb seine Stärken bewahren will, dann muss es seine Kräfte bündeln. Dies erfordert die Kombination der produktiven Kräfte des Marktes mit einer zielbewussten europäischen Industrie- und Dienstleistungspolitik. Hier gibt es durchaus gute Ansätze. Die europäische Dienstleistungsrichtlinie – der Artikel von Björn Frank verdeutlicht es – hat durchaus das Potenzial, einerseits die Entfaltung der produktiven Kräfte eines sich vereinheitlichenden europäischen Dienstleistungsmarktes zu begünstigen, andererseits die berechtigten Interessen der Beschäftigten auf Schutz, z. B. gegenüber Lohndumping, zu berücksichtigen. Dass der ursprüngliche Entwurf der Richtlinie deutlich verbessert wurde, ist nicht zuletzt dem Engagement der Beschäftigten selbst und ihrer Gewerkschaften sowie dem Aushandlungsprozess innerhalb des europäischen Parlamentes zu verdanken.

Ohne die Sozialpartner können Initiativen zur Bündelung der Kräfte, zu mehr Kooperation, nicht umgesetzt werden. Von ihnen muss – wie der Schiffbau in Europa zeigt – die Zusammenarbeit gewollt sein. Zugleich ist jedoch eine materielle wie immaterielle Unterstützung vonseiten der EU – etwa im Rahmen ihrer vielfältigen Programme – und der Nationalstaaten erforderlich. Wäre der Aufbau einer europäischen Luftfahrtindustrie nicht in dieser Weise initiiert und gefördert worden, so würde sie vermutlich heute keinen ernst zu nehmenden Faktor auf dem Weltmarkt darstellen.

Ist diese prinzipielle Bereitschaft aller Beteiligten zur Kooperation gegeben, dann können die spezifischen ordnungspolitischen Stärken Europas zur Geltung kommen. Nur wenn Europa ein eigenes Leitbild der Regulierung des Kapitalismus im Sinne einer gleichberechtigten europäischen Kooperation entwickelt, kann es glaubhaft sein Gewicht in die Waagschale bei den GATS-Verhandlungen (vgl. den Artikel von Gintare Kemekliene) sowie bei der Konzeptentwicklung einer dringend notwendigen Rahmenordnung für die Globalisierung werfen.

Frank Gerlach, Dr., Referatsleiter in der Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: Frank-Gerlach@boeckler.de

Astrid Ziegler, Dr., ist Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkt: Strukturforschung und -politik.

e-mail: Astrid-Ziegler@boeckler.de